

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Imke Byl (GRÜNE)

Raus aus dem Klimakiller Kohle - Wie setzt sich die Landesregierung für einen Kohleausstieg in Niedersachsen ein?

Anfrage der Abgeordneten Imke Byl (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 04.07.2018

Deutschland hat sich international und national zum Klimaschutz und zur Einhaltung von Klimaschutzziele verpflichtet. Auch die Landesregierung engagiert sich im Klimaschutz, wie u. a. der vom letzten Umweltminister Stefan Wenzel einberufene Runde Tisch Energiewende sowie die in der letzten Legislatur gegründete Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen zeigen.

Doch das Klimaschutzziel, in Deutschland bis 2020 eine Minderung der Treibhausgasemissionen von 40 % gegenüber 1990 zu erreichen, wird verfehlt. Die Minderung wird voraussichtlich weniger als 32 % betragen (<https://www.tagesschau.de/inland/klimaziele-schulze-101.html>, abgerufen am 03.07.2018). Um das Klimaziel einer Treibhausgasemission von 55 % 2030 noch zu erreichen, ist daher eine Lücke zu füllen. Dennoch halten Unternehmen und kommunale Energieversorger auch in Niedersachsen am Energieträger Kohle fest. So wird z. B. ein neues Kohlekraftwerk in Stade gegen Proteste lokaler Initiativen geplant (https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Kohlekraftwerk-in-Stade-darf-gebaut-werden,stade718.html, abgerufen am 03.07.2018).

1. Welchen Anteil an den in Niedersachsen entstehenden Treibhausgasemissionen haben Braun- und Steinkohle?
2. Welchen Anteil an der in Niedersachsen verbrauchten Kohle hat die aus Übersee importierte Braunkohle, Braunkohle aus deutschen Braunkohlerevieren, aus Übersee importierte Steinkohle, Steinkohle aus deutschen Steinkohlerevieren (bitte nach diesen vier Kategorien sowie Herkunftsregionen aufschlüsseln)?
3. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung zu den Arbeitsbedingungen im Kohleabbau in den Herkunftsländern der in Niedersachsen verbrannten Kohle, gerade unter Berücksichtigung der internationalen Standards der ILO sowie der Menschenrechte, vor?
4. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung zu Renaturierungs- und Umweltschutzmaßnahmen in den Abbauregionen der in Niedersachsen verbrannten Kohle vor?
5. Wenn keine Kenntnisse vorliegen, was plant die Landesregierung, um auch international Verantwortung für die mit der Kohlenutzung, insbesondere dem Abbau, im Zusammenhang stehenden Schäden an Mensch und Umwelt zu übernehmen?
6. Wie steht die Landesregierung zum von dem Chemieunternehmen DowChemicals angestrebten und deutschlandweit einzigen geplanten Neubau eines Kohlekraftwerks bzw. „integrierten Industriekraftwerks“ in Stade?
7. Was unternimmt die Landesregierung, um in Niedersachsen den Kohleausstieg voranzutreiben?
8. Wie bringt sich die Landesregierung in die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ des Bundes vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Klimaschutzziele ein?

(Verteilt am 25.07.2018)